



Pressemitteilung

Hamburg, 13.12.2012

Grenzen des Wachstums – nicht für den Elbverkehr ?

Die Abfertigung des größten Containerfrachters im Hafen und der Streit um die Elbvertiefung geben dem Zukunftsrat Hamburg Anlass für einen Blickwechsel, für eine neue Perspektive.

Politik und Wirtschaft sind sich einig: Ohne eine Elbvertiefung drohen dem Hafen und der Stadt nachhaltig erhebliche wirtschaftliche Schäden. Die Umweltverbände sind sich ebenfalls einig: Die geplante Elbvertiefung bedroht die ökologische Nachhaltigkeit des Flussgebietes, zudem die Deich- und Unfallsicherheit. Ein Kompromiss ist schwer vorstellbar, der Erste Bürgermeister lehnt ihn kategorisch ab, BUND und NABU klagen auf Aufhebung der Planfeststellung insgesamt.

Für den Senat ist Nachhaltigkeit ein hohes Ziel, das hat der Zukunftsrat schriftlich. Nachhaltigkeit bedeutet, zukünftigen Generationen für eigene Entwicklungs-Optionen die materiellen, ökologischen und sozialen Grundlagen zu erhalten, die die heutige Generation zur Befriedigung ihrer eigenen aktuellen Bedürfnisse nutzt. Ein unbegrenztes Wachstum von Welthandel, Konsum und Nutzung der natürlichen Lebensgrundlagen ist weder global noch national oder für Hamburg eine nachhaltige Perspektive. Hierauf hat uns jüngst wieder Denis Meadow, der Autor von „Grenzen des Wachstums“, in einem Vortrag in Hamburg, aber auch die Klimakonferenz von Doha hingewiesen. Ein eindimensionales Denken des immer Weiter, immer Mehr, verbunden mit rigorosem Wettbewerb wird zukünftigen Generationen mehr Probleme als Optionen hinterlassen.

Es muss vielmehr darum gehen, die gegebenen ökonomischen, ökologischen und sozialen Verhältnisse vorsichtig, ressourcensparsam und fehlertolerant so weiter zu entwickeln, dass alle drei Dimensionen davon profitieren. Einseitige Standortkonkurrenz („nachhaltig ist, was der Hamburger Wirtschaft nützt“) ist dafür die falsche Strategie. Gefordert ist vielmehr eine Vision dazu, wie einerseits die Elbe, ihre Ökologie und Kulturlandschaft und andererseits die Arbeitsplätze im Hafen und

der Umschlagswirtschaft langfristig erhalten werden können. Nicht entweder oder, sondern sowohl als auch, aber in Bescheidenheit und Respekt vor den Bedürfnissen zukünftiger Generationen. Warum nicht im neuen Jade-Weser-Port die ganz großen Containerschiffe abfertigen und in Hamburg die großen und nicht so großen? Warum nicht eine Abstimmung mit den norddeutschen Häfen über eine ökonomische Arbeits- und Aufgabenteilung, um weitere Zerstörungen oder Gefährdungen der ökologischen und sozialen (Fischer, Obstbauer) Grundlagen möglichst zu vermeiden? Wie kann die Hafenwirtschaft ihre Angebote an die nicht ganz so großen Containerschiffe so optimieren, dass die Reedereien ökonomisch daran nicht vorbeikommen?

Ein Wachstum des Hamburger Containerumschlags auf mehr als das Doppelte (mit allen Folgen für die Infrastruktur) bei gleichzeitiger Unterauslastung des Tiefseehafens in Wilhelmshaven ist für die Hamburger Hafenwirtschaft und die Standortpolitiker möglicherweise ein Traum, für viele Tausend Menschen an der Unterelbe und für vorausschauende Nachhaltigkeitspolitiker jedoch ein Albtraum. Es muss heute vorgesorgt werden für die Zeit der übernächsten Containerschiffgeneration, für die auch eine weitere Elbvertiefung ohne Verbreiterung nicht mehr ausreicht bzw. neben gravierenden Schäden und Risiken schlicht nicht mehr zu bezahlen sein wird. Nicht ein ständiges Quantitätswachstum ist gefordert, sondern eine Qualitätsverbesserung, die die ökonomische Basis nicht maximiert, sondern optimiert und auf einen zukunftsfähigen Weg bringt. Es ist auch im langfristigen wirtschaftlichen Interesse Hamburgs, die Grenzen der ökologischen Tragfähigkeit anzuerkennen und ihnen gerecht zu werden. Eine einseitige wirtschaftliche Standort-Macht-Politik des „immer mehr“ gefährdet die ökologische und die soziale Balance im Unterelberaum.

Da ist es gut, dass das Naturschutzrecht den Umweltverbänden eine Anwaltsfunktion und ein Klagerecht im Interesse der ökologischen Nachhaltigkeit gibt und das Bundesverwaltungsgericht etwas Abstand hat vom hanseatischen Entweder-Oder. Es wäre eine Sternstunde der blinden Justitia mit der Waage, wenn das Gericht statt einer Ja/nein-Entscheidung eine Kompromiss-Lösung im Sinne einer global nachhaltigen Entwicklung treffen oder den Prozessbeteiligten zumindest auferlegen könnte.

Kontakt: Zukunftsrat Hamburg
Telefon: (040) 39 10 97 31
Email: gokel@zukunftsrat.de